

Antisemitismus an Universitäten und Hochschulen

er 7. Oktober 2023 ist eine Zäsur für Jüdinnen und Juden in Israel und weltweit. 1.200 Menschen wurden an diesem Tag von der Hamas in Israel getötet. Vergewaltigung von und sexualisierte Gewalt gegen Frauen sowie Folter und Körperverletzungen wurden von der Terrororganisation selbst medial verbreitet, 240 Geiseln in den Gazastreifen verschleppt, gefoltert, viele mittlerweile getötet. Getroffen werden sollten Juden und Jüdinnen. Getroffen wurden Juden, Jüdinnen, POC-Personen, Drusen, Beduin*innen, Palästinenser*innen, Christ*innen, Muslim*innen sowie Menschen, die sich seit Jahren für Verständigung und Frieden zwischen Israel und dem Gazastreifen einsetzten. Dieser Terroranschlag ist geprägt durch extreme Zerstörungswut und die Absicht, Israel zu vernichten.

Am 7. Oktober 2023 war es für viele Menschen in Israel und weltweit noch nicht realisierbar, was geschehen war. Schockstarre breitete sich

Am 7. Oktober 2023 wurde auf der Berliner Sonnenallee gefeiert, gejubelt und süßes Gebäck verteilt. Noch am selben Abend.

Seit dem 7. Oktober 2023 wird Antisemitismus offen auf den Straßen Deutschlands verbreitet. Allein in Berlin fanden seither 674 "propalästinensische" Demonstrationen statt, die zu antisemitischer und antizionistischer Gewalt aufriefen.

Universitäten und Hochschulen sind seit dem 7. Oktober Hotspot antisemitischer Vorfälle. Der Jahresbericht des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) stellt im Jahr 2024 eine Verdreifachung der Zahl antisemitischer Handlungen an Hochschulen gegenüber dem Vorjahr fest. Dokumentiert wurden neben antisemitischen Schmierereien Vorfälle extremer Gewalt, Angriffe, gezielte Sachbeschädigungen und Bedrohungen an Hochschulen in 56 deutschen Städten.[1]

Am 22./23. Mai 2024 wurde das Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin besetzt. Am 18. Oktober 2024 drangen etwa 40 Personen ins Präsidium der Freien Universität ein. Sie waren "vermummt und mit Äxten, Sägen, Brecheisen und Knüppeln bewaffnet".[2] Am 6. Januar 2025 kam es zur Besetzung der Alice Salomon Hochschule in Berlin,[3] um nur einige Beispiele zu nennen. Transparente mit dem Slogan "Hamas, meine Liebe", wie sie bei der Besetzung der Alice Salamon Hochschule in Berlin zu sehen waren, oder das rote Dreieck, mit dem die Wände zahlreicher Hochschulen beschmiert wurden,

> stehen nicht für die Sorge um die palästinensische Zivilbevölkerung.

> Das rote Dreieck gilt als Zeichen der Terrororganisation Hamas, um

potenzielle Anschlagsorte zu mar-

kieren. Die Verhüllung der Büste von

Alice Salomon[4] mit der Kufiya und

¹¹³ Bundesverband RIAS e. V.: Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024, 2025, report.antisemitism.de

¹²¹ Martin Ballaschk et. al.: Mitarbeiter "krass und brutal" angegangen: Vermummte Anti-Israel-Aktivisten randalieren an Freier Universität – eine Person verletzt, in: Tagesspiegel, 18. 10. 2024, www.tagesspiegel.de

^[3] Besetzung an der Alice Salomon Hochschule. Präsidentin handelt "völlig unverständlich", in: Jüdische Allgemeine, 8. 1. 2025, <u>www.juedische-allgemeine-de</u>

^[4] Alice Salomon, Sozialreformerin und Frauenrechtlerin, Begründerin der "Sozialen Frauenschule" - der heutigen Alice Salomon Hochschule Berlin – im Jahr 1908, wurde 1937 durch die Nationalsozialisten zur Emigration gezwungen.

ihre Beschmierung mit dem Wort "Palestine" symbolisieren den Hass gegen Juden: Jüdinnen und stehen für die Absicht, Israel und Juden weltweit zu vernichten.

Laut einem Kommentar der Leitungen von Berliner NS-Erinnerungsorten zu Universitätsbesetzungen und israelbezogenem Antisemitismus bieten diese Vorfälle "radikalen antizionistischen, israelfeindlichen und antisemitischen Stimmen eine Plattform". Dies wird argumentiert u. a. mit der Verwendung des roten Dreiecks als Hamas-Symbol, dem Aufgreifen alter antisemitischer Stereotype durch die Rufe "Zionisten sind Faschisten, töten Kinder und Zivilisten" sowie der Gleichsetzung des Antifaschismus mit Antizionismus. Zudem wird durch die Aussage "Resistance is justified" der brutale Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 zu einer legitimen Militäraktion umgedeutet. Unterstrichen werden auch die Gewaltaufrufe gegen Juden: Jüdinnen, gegen Zionist*innen und gegen israelische und jüdische Einrichtungen in Deutschland.[5]

In einer Stellungnahme von Berliner Lehrenden zu den Besetzungen an der FU Berlin und anderen Universitäten vom 8. Mai 2024 ging es vor allem darum, das Recht von Studierenden auf "die Besetzung von Uni-Gelände" zu verteidigen. Unkommentiert blieb im Text das aggressive und demokratiefeindliche Verhalten einer großen Anzahl der Besetzenden. Eingeschüchterte und bedrohte jüdische, israelische oder andere Student*innen wurden nicht erwähnt. "Jüdische Studierende sagen seit Monaten, dass sie Angst in der Uni haben und sie im großen Maße Antisemitismus erfahren. Es kommt zu physischer Gewalt gegen

• Die antisemitischen Handlungen nach dem 7. Oktober 2023 [...] sind kein Ausdruck der Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Opfer der Angriffe des israelischen Militärs ist und selbst vermehrt gegen die Hamas aufbegehrt 66

sie, sie denken darüber nach, das Studium zu unter- oder sogar abzubrechen. Warum alarmiert dies jene Hochschullehrenden nicht gleichermaßen?" [6]

In den seit dem 7. Oktober 2023 verfassten zahlreichen offenen Briefen konnten/können sich Akademiker*innen nicht überwinden. eine klare solidarische Haltung für die Opfer des Massakers der Terroroganisation Hamas einzunehmen. Vielmehr zeugen diese Texte von der nationalistischen Vorstellung einer einheitlichen jüdischen Bevölkerung in Israel. Unerwähnt bleibt die Pluralität in Israel lebender Menschen wie Juden, Jüdinnen, Christ*innen, Araber*innen, Bahai, Palästinenser*innen, Drusen etc. von einer Differenzierung zwischen Regierung und Zivilgesellschaft ganz zu schweigen.

Hochschulische Reaktionen und Statements verkannten und verkennen oft, dass die Besetzungen und gewaltvollen Randale nicht einem "übermütigen, jugendlichen Akt" zuzuweisen sind, dass es sich nicht um Jugendliche handelt, die einen Streich ausführen und/oder pädagogische Unterstützung benötigen. Vielmehr handelt es sich um erwachsene Personen, die – wie im Falle der Verhüllung und Beschmierung der Alice-Salomon-Büste - einen gezielten symbolischen Gewaltakt verübten.

Die antisemitischen Handlungen nach dem 7. Oktober 2023 waren keine Einzelaktionen, sondern, konzertierte politische Aktionen - europaweit und global. Solche Akte sind kein Ausdruck der Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Opfer der Angriffe des israelischen Militärs ist und selbst vermehrt gegen die Hamas aufbegehrt.

Universitäten/Hochschulen müssen sich Kritik gefallen lassen: "Ich habe über dreißig Jahre lang in einer Diktatur gelebt. Und als ich nach Westeuropa kam, konnte ich mir nicht vorstellen, dass die Demokratie jemals auf diese Weise in Frage gestellt werden könnte", schreibt die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, und weiter: "Ich bin entsetzt,

Eine historisch-zeitliche Distanz, wie es Hannah Arendt vorschlägt, um überhaupt zu einer adäquaten Beurteilung des Geschehenen zu kommen, blieb außen vor. In offenen Briefen von Hochschulangehörigen werden Urteile rasch gefällt.[7] Das Drehbuch der Reaktionen folgt einem immergleichen Rhythmus: Verurteilen von Antisemitismus, Verurteilen von Rassismus, Verkündigung der Dialogbereitschaft mit den Student*innen und dem Hinweis auf Meinungsfreiheit sowie dem Diskurs, dem die Universitäten verpflichtet sind. Im Verlauf der Argumentationslinien verschwindet zumeist das Thema Antisemitismus.

^[5] Universitätsbesetzungen und israelbezogener Antisemitismus – ein Kommentar der Leitungen von Berliner NS-Erinnerungsorten, 2024. Unter: www.ghwk.de.

^[6] Debora Antmann: Jüdische Studierende in Berlin: Moderne Märchen und die antisemitische Wahrheit, Tagesspiegel, 24. 5. 2024, www.tagesspiegel.de

^[7] Brief aus Berlin – kritische Wissenschaftler*innen an die deutsche Politik und Öffentlichkeit, 28. 10. 2023, https://tinyurl.com/bdehy8ft (Stand: 1. 9. 2025).

Offener Brief von 75 Wissenschaftlern an die deutsche Bundesregierung wegen deren Unterstützung eines Völkermords, 21.06.2025, https://tinyurl.com/27h3k6x2 (Stand: 1. 9. 2025).



dass die jungen Menschen, die Studenten im Westen, so verwirrt sind, dass sie sich ihrer Freiheit nicht mehr bewusst sind. Dass sie offenbar die Fähigkeit verloren haben, zwischen Demokratie und Diktatur zu unterscheiden."[8]

Die Politikwissenschafterin und Philosophin Seyla Benhabib wiederum kritisiert das "Philosophy for Palestine"-Manifest amerikanischer Professor*innen, das rund um Judith Butler und Nancy Fraser veranlasst wurde. Benhabib hält den Aufruf für ein intellektuelles Versagen und pointiert, er sei von begrifflichen Unschärfen und Fehleinschätzungen

geprägt, lasse "jegliches Gespür für die Geschichte und für die Tragödien, die beiden Völkern widerfahren sind", vermissen.

Es ist beruhigend, dass es seit Anbeginn auch nachdenkliche Statements zum 7. Oktober 2023 und zu den antisemitischen Auswirkungen in Deutschland und in Europa gibt, die das Leid der einen nicht mit dem Leid der anderen aufrechnen, sondern de facto Empathie zeigen können für die jeweils getroffene Zivilbevölkerung. Und die gleichzeitig das Massaker der Terrororganisation Hamas in Israel nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Unser Empathievermögen ist weit und plural genug, um die Schrecken der palästinensischen und der israelischen Zivilbevölkerung wahrnehmen zu können. Um Gräueltaten zu verurteilen, die gegen beide stattgefunden haben und stattfinden. Weit und plural genug, um gleichzeitig andere katastrophale Verwerfungen und die davon getroffenen Menschen wahrzunehmen.

^[8] Herta Müller: Ein offener Brief (gelesen am 25. Mai auf dem 7. -Oktober-Forum der "Jüdischen Kultur in Schweden" in Stockholm), <u>https://truthofthemiddleeast.com/de/herta-muller</u> (Stand: 1. 9. 2025).

¹⁹¹ Seyla Benhabib (2023): An Open Letter To My Friends Who Signed "Philosophy for Palestine", 4. 11. 2023, www.medium.com/amor-mundi (Stand: 1. 9. 2025).

Leah Carola Czollek ist Leiterin des Instituts "Social Justice und Radical Diversity".
www.institut-social-justice.org.

Gudrun Perko ist Professorin an der Fachhochschule Potsdam und Leiterin des Instituts "Social Justice und Radical Diversity".